

BND-Untersuchungsausschuss**Steinmeier kontert Vorwürfe im Fall Zammar**

"Völliger Unsinn!" Außenminister Steinmeier hat im BND-Ausschuss Vorwürfe zurückgewiesen, die Bundesregierung habe im Jahr 2001 die Entführung des Deutsch-Syrers Zammar durch die CIA zugelassen. Von der Verschleppungspraxis will er erst viel später erfahren haben.

Berlin - Frank-Walter Steinmeier war genervt. Zum dritten Mal schon musste er heute am großen Pult in der Mitte des Anhörungssaales 3.101 des Bundestages Platz nehmen den Mitgliedern des BND-Untersuchungsausschusses Rede und Antwort stehen. Sechs Stunden dauerte die letzte Vernehmung zur Causa Murat Kurnaz im März vergangenen Jahres. Heute stemmte er schon nach gut 60 Minuten zum wiederholten Male die Hände auf die Lehne des Drehstuhles, als ob er gleich aufspringen wollte, um den Raum fluchtartig zu verlassen. "Und das finden Sie aufregend?" - "Muss ich die Frage verstehen?" - Mehrfach ließ er die Abgeordneten wissen, was er von der Veranstaltung hielt.



Getty Images

Frank-Walter Steinmeier:
Genervt im
Untersuchungsausschuss

Diesmal ging es um den Fall des Islamisten Mohammed Haydar Zammar. Der Deutsch-Syrer, der dem Umfeld der Attentäter vom 11. September 2001 in den USA zugerechnet wird, war Ende Oktober 2001 von Deutschland über die Niederlande nach Marokko ausgewandert. Dort wurde er festgenommen und später nach Syrien verschleppt - offenbar auf Betreiben des US-Geheimdienstes CIA. In Syrien wurde Zammar im vergangenen Jahr zu einer zwölfjährigen Haftstrafe verurteilt, die er nun im Gefängnis in Damaskus verbüßt.

Steinmeier wies schon in seinem Eingangsstatement alle Vorwürfe zurück, die Bundesregierung könnte bei der Verschleppung Zammars mitgewirkt und anschließend seine Befragung unter Folter geduldet haben. "Das ist völliger Unsinn", sagte Steinmeier. Er erinnerte an die potentielle Gefahr, die von Zammar ausginge. Dieser weise "eine der längsten Karrieren der in Deutschland lebenden glühenden Befürworter des heiligen Krieges" auf, mit einer Ausbildung und mehreren späteren Aufenthalten in Afghanistan mit Verbindungen zur Terrororganisation al-Qaida.

Deutsche Sicherheitsbehörden hatten US-Stellen unter anderem Reisedaten übermittelt, die die Festnahme erst ermöglichten. Zwar habe er als damaliger Chef des Bundeskanzleramtes von der Weitergabe der Daten nichts gewusst. Er hätte dies jedoch sicherlich unterstützt, sagte Steinmeier. "Im November 2001 gab es weder Guantanamo noch Informationen über Entführungen, Kidnappings oder sogenannte 'renditions' durch die US-Geheimdienste", rechtfertigte sich Steinmeier.

Der "Stern" berichtet dagegen in seiner jüngsten Ausgabe unter Berufung auf den früheren CIA-Europachef Taylor Drumheller, deutsche Behörden sowie das Kanzleramt seien bereits im Herbst 2001 über die Entführungs-Praxis der USA informiert worden. Steinmeier und auch der früher Geheimdienst-Koordinator Ernst Uhrlau wiesen diese Darstellung vehement zurück.

Stattdessen bemühten sie sich die Bedeutung Drumhellers herunterzuspielen. Während Uhrlau dem CIA-Mann maximal ein Höflichkeitsgespräch im Jahr 2002 zugestand, wollte Steinmeier sich erst gar nicht an einen persönlichen Kontakt erinnern. Die FDP will Drumheller zur Klärung nun ebenfalls als Zeugen vor den Ausschuss laden lassen.

"Immer in den Grenzen des Rechtsstaates"

Steinmeier verteidigte auch die Befragung Zammars im syrischen Kerker durch Beamte des Bundesnachrichtendienstes, des Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamtes. Man habe um die "Probleme in syrischen Gefängnissen" gewusst, sagte der SPD-Politiker. "Aber ich weise die Unterstellung, dass deutsche Behörden sich Folterbedingungen zunutze gemacht haben, um Informationen zu erlangen, entschieden zurück. Man habe sich "immer in den Grenzen des Rechtsstaates" bewegt, sagte der frühere Kanzleramtschef der rot-grünen Regierung.

Steinmeier und Uhrlau bekräftigten, erst im Juni 2002 aus einem Artikel in der "Washington Post" von der Gefangenschaft Zammars in Syrien erfahren zu haben. Der Aufenthaltsort sei kurz darauf von den Amerikanern, deutlich später auch von den Syrern bestätigt worden. Man sei in dieser Frage zuvor auch vom befreundeten US-Geheimdienst belogen worden, sagte Uhrlau.

Als dritter Zeuge sagte heute Bundeskanzleramtschef Thomas de Maizière aus. De Maiziere verteidigte die Zusammenarbeit mit undemokratischen Staaten wie Syrien im Anti-Terror-Kampf. "Manchmal muss man mit dem Teufel Kirschen essen", sagte er vor dem Ausschuss. Wenn die Geheimdienste nur mit freiheitlich-demokratischen Rechtsstaaten kooperieren würden, könne der Kampf gegen den Terrorismus nicht erfolgreich sein

Nach eigenen Angaben bemüht sich das Auswärtige Amt derzeit um eine Freilassung Zammars aus "humanitären Gründen".

phw/Reuters/dpa

URL:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bnd-untersuchungsausschuss-steinmeier-kontert-vorwuerfe-im-fall-zammar-a-541378.html>

© SPIEGEL ONLINE 2008

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH